

Revolutionstempel

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Freitag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 25.- M. Durch die Post monatlich 25.- M. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Verlagsbüro 14, Fernruf 1047, 2. 251. Geöffnet 7-5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1043. Spreitzzeit 12-1 u. 4-5 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 200 H. für den Millimeter Höhe und Spalte, 700 H. für die Restans, anschließend an den dreizehntägigen Zeitvertrag. Anzeigen bis einschließlich 9 Uhr erbeten, späterer Tage vorher. - Postfachkonto: Leipzig 1908 45, Fritz Kretz, Halle

Einzelpreis 1,50 Mark Mittwoch, den 14. Juni 1922 2. Jahrgang. Nr. 136

Freie Hand für nationalistische Mordbuben!

Killinger freigesprochen! — Schulz und Tilleßen „unauffindbar“ — Die SPD-Fraktion des Landtages verhindert eine sofortige Erörterung des Königsberger Blutbades

Offenburg, 13. Juni.
Am Montag wurden die Wirren von dem, bei dem Schulz, Tilleßen und Killinger zur Zeit der Ermordung wohnten. Diese Freuen beherbergen einen großen Teil der Geheimorganisation C. Sie müssen natürlich von nichts. Dann marschierte die Schutztruppe der Organisation C. mit dem Eieren Kreis 1. Klasse und ähnlichen Abzeichen geschmückt, auf, die auch alle nichts von dem Mordplan Erzberger gewußt haben wollen. Leutnant Müller von der Ehrenkompanie, der in der Unterabteilung Killinger arbeitete, und bei Erzbergers Ermordung offen sagte: „Gut, daß er weg ist!“, soll die in den letzten beschrifteten Proklamation an die Frau des unabhängigen Landtagsabgeordneten Müllers geschrieben haben, daß ihr Mann wie Viehrecht, Luxemburg, Garis und die anderen farblich und elegant abgeholt werden müßte wie ein Heilensschiff in der Jahrmarchenstraße. Auf Verbundung der handschriftlichen Beschriftungen, daß der Brief dem Jungen Müller geschrieben sein muß, leugnet dieser mit eigener Einnahme nur übereilt, aber auch unter Androhung des Meinesdes.

Am Dienstagvormittag wurde als letzter Zeuge der Führer zur See, Malow von Brinck, gleichfalls Mitglied der Organisation C. vernommen. Der Zeuge gibt an, daß er dem Unterabteilungsführer die Urkunde mitgeliefert habe, als er erstarrte. Schulz, Tilleßen und Killinger sind freigesprochen zu haben. Darauf wurden den Geschworenen die Schuldbeläge vorgelegt.
Danach beginnt das Plädoyer des Staatsanwalts Burger. Er schließt sich der Ansicht des Vorberaters an, sich nicht auf das politische Gebiet zu begeben, sondern nur rein juristisch die Schuld zu prüfen. Der Staatsanwalt sagte seine Anklage gegen Schulz und Tilleßen dahin zusammen, daß an der Mordtat derselben kein Zweifel bestehe: Schulz und Tilleßen haben nach achtjähriger zeitlicher Überlegung Erzberger am 28. August endlich vor die Wölfe bekommen und abgeholt. Dann wies der Staatsanwalt nach, daß Killinger zu den Hintermännern der Tat gehören müsse. Des halb plädierte er auf Befreiung der Frage nach Weisheit. Wo darauf, daß der Angeklagte den Mordern seine Unterstützung be reits vor der Tat angedeutet habe.
Nach längerer nationalitätlicher und antisemitischer Auslassungen der Reichsrichter ergreift Killinger Resignation das Wort, beklagt den ermordeten Erzberger und beantragt Freispruch. Die Geschworenen gehorchen; nach einer kurzen, etwa zehn Minuten währenden Beratung wurde der Freispruch verhandelt.

atmosphäre, sie appellieren an die Mutinstinkte der deutsch-öffentlichen Studenten und Offiziere. Sie wissen, daß dieser Appell nicht erfolglos sein wird.
Und was tun die, von denen man annehmen müßte, daß sie mit der äußersten Energie die Ebert-Republik schützen würden gegenüber dem internationalen Mordbanditen, was tun die Führer der SPD, die 1918/19 mit Hilfe der alten feileren Offiziere die kapitalistische Republik gegenüber dem Proletariat als verabschiedet haben, deren Konstitutionspolitik mit den Bürgerlichen des Aufkommens der Konterrevolution, die jetzt ihre Wüter zu verdingen droht, überhaupt erst ermöglichte? Was tun die Führer der Sozialdemokraten?
So energisch, so brutal sie im Kampfe gegen das Proletariat waren, so nachsichtig, so milde sind sie gegenüber der Konterrevolution. Nach dem Blausäure-Attentat gegen Scheidemann bei dem kein Blut geflossen war, hat der „Vorwärts“ in seinem ersten Schred zwar eine beinahe moralische Haltung einge nommen. Als er aber in Königsberg entgegen dem ausdrücklichen Verbot des Reichswehrministers Scheffer „republikanische“ Reichswehrsoldaten mit geladenen Karabinern und aufge pflanztem Bajonett vor Hindenburg paradierten, und als diese Reichswehrsoldaten ein Blutbad unter Arbeitern veranstal teten, die für die Republik demonstrierten, da schaute der „Vorwärts“ sich aus. Kein Protest gegen die meuternde Reichswehr, kein Protest wegen der Ermordung von Proleta riaten! Und die sozialdemokratische Landtagsfraktion, zu sammen mit den Bürgerlichen, verhinderte eine Besprechung des Königsberger Blutbades im Landtag. Der Freispruch Killingers wirkt wie ein Kanal zu neuer Verberben.

Die Generalkonferenz der Konterrevolutionäre hat begonnen. Die Führer der SPD, durch die arbeiterrindliche Konstitutions politik auf Geheiß und Verberd mit der Reaktion verbunden, stehen in den schweren Kämpfen zwischen den Republikanern und den Monarchisten nicht entscheidend auf der Seite der Republikaner. Sie können es nicht tun, solange sie durch die Konstitutionspolitik gezwungen werden, eine bürgerliche und nicht eine proletarische Politik zu betreiben.
Der Generalkonferenz der Konterrevolution richtet sich gegen die deutsche Republik, in erster Linie gegen das Proletariat. Die Arbeiterrindliche Front der monarchistischen Einheitsfront die re publikanische Einheitsfront gegenüberstellen, die im Kampfe um die Existenz sich bilden von unten auf.

Der Kluch der Konstitutionspolitik!

Die Rechtssozialisten als Schindknappen Hindenburgs
Man möchte glauben, eine Arbeiterpartei könne sich nicht schäm mer kompromittieren, als durch den Nothstand, die Gewerkschaft und Radbruchs Verhöhnung des Verlangens der Gesamtarbeiterschaft nach Befreiung der politischen Gefangenen. Aber es gibt im Zeichen der Konstitutionspolitik mit Sinnes daß immer wieder Gelegenheiten zu neuer, größerer Blamage für die Sozialdemokratie. Sie hat schon, um die Reaktion vor dem Zusammenbruch zu retten, bauernd die elementarsten Interessen der Arbeiterklasse mit Füßen getreten; sich über die nachfolgende Empörung ihrer proletarischen Mitglieder, über den trotz der Führerlosigkeit härter werdenden Willen zur Teilnahme an der proletarischen Einheitsfront des Kampfes hinweggesetzt! Mindererlei Schmerzlich und mancherlei Empörendes hat das deutsche Proletariat durch die Schuld der SPD erdulden müssen. Man darf manern putzliche Leute bereit, an Entgeltungen, Kurzsichtigkeit oder Unverständnis zu glauben. Aber sie werden klar und deutlich die Arbeiterindlichkeit der SPD-Politik erkennen, wenn sie erfahren, welche Rolle jene Leute am Dienstag im Preußischen Landtag gespielt haben.
Dort hat die SPD-Fraktion ostentativ mit Vorlieb der monarchistisch-militaristischen Reaktion Vorlauf geleistet, indem sie die von der kommunistischen und unabhängigen Fraktion gemeinsam verlangte beschleunigte Erörterung des Vorkommnisses von Königsberg, Arm in Arm mit den bürgerlichen Parteien verhandelte.
Die Genossen Scholten und Kay wiesen in ihrer Begründung der Dringlichkeit des Antrages darauf hin, daß der Königsberger Mordfall sehr, wie hoch die Reaktion in Deutschland jetzt aufsteigt. Sie führten aus, daß alle die Regimentsleiter, Kriegsgeheimnisse, Generalstabsbefehle, Stabschefanordnungen und der andere nationale Mummel nichts anderes beuten, als die Sammlung der konterrevolutionären Front zur Vernichtung der Republik und zur Wiedereinführung der Monarchie. Die Gleichgültigkeit der Sozialdemokratie gegenüber dem provozierenden Auftreten der monarchistischen Kreise lie geradezu schändlich und würde noch furchtbarere Folgen für das Proletariat haben. Es sei die höchste Zeit zu energischen Ausnahmemaßnahmen. Im Vorkommnis habe die SPD, bereits gegen die sofortige Beratung gestimmt. Das könnten, so legten gegen Redner, die Arbeiter nicht begreifen. Als gegen Scheidemann ein Aktenstahl verlesen worden sei, habe die Sozialdemokratie sehr laut über die rechtswidrige Geschehnisse geschrien, — und dann erheben sie die Frage: Hat die SPD, legt keinerlei Protestklammer mehr, weil in Königsberg nur ein einziges Arbeiter ermordet worden sind?
Der dringliche Appell unserer Genossen, sowie die Aufforderung des unabhängigen Redners zur Feststellung der Einheitsfront aller Arbeiterparteien gegen die Reaktion war vergeblich. Eine förmliche Königsberg-Debatte wurde verhindert. Für den Antrag der kommunistischen Fraktion auf sofortige Beratung stimmten nur unsere Genossen und die Unabhängigen. Die bürgerlichen Parteien lehnten natürlich das Verlangen unserer Fraktion rundweg ab.
Die SPD, labortierte auch diesmal wieder die so bitter notwendige Einheitsfront des Proletariats. Sie marschierte auch jetzt wieder mit bürgerlichen Parteien, selbst mit den deutschnationalen Schützlingen der Monarchisten.
Ihre Haltung unterliegt den reaktionären Ordnungsregeln. Die Sozialdemokratie liegt prattisch im Lager ihrer Reaktion. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat sich am Dienstag zum Schindknappen Hindenburgs und der monarchistischen Militärschützen erniedrigt.
Wird sie noch tiefer sinken können?
Nach Schindknappen erscheint das SPD-Verhalten, wenn man den Vorgang betrachtet. Der kommunistische Antrag lautet, zunächst auf sofortige Beratung des Antrages wegen der Königsberger Mordtate, anschließend des Hindenburgsummeles. Der Antrag sollte also an erster Stelle, vor den nachfolgenden Teilen der Genossenschaftsliste und Schuldenverteilung, die auf der Tagesordnung standen, beraten werden. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte ab. Darauf beantragte die kommunistische Fraktion Beratung am Mittwoch, so daß den Fraktionen genügend Zeit zur Vorbereitung gegeben war. Die sozialdemokratische Fraktion lehnte auch diesen Antrag ab. Als dann beantragte die USPD, den kommunistischen Antrag bei der am Mittwoch beginnenden Beratung des Etats von Severings Innenministerium unter entsprechender Verlängerung der folgenden Arbeitssitzung mit zu erledigen. Die sozialdemokratischen Schindknappen der Reaktion stimmten auch diesen Antrag nieder.
Das bürgerliche Parlament wird wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der reaktionären Umtriebe nicht beschließen. Das Ver-

Gärung unter den mitteldeutschen Bergarbeitern

Die Betriebsräte rufen zum Betriebsräte kongreß auf!
Die jähmliche Entlohnung der Bergarbeiter und die einseitige und tiefstufende Auslegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch die Arbeitgeber muß zulezt auch den gleichgültigsten Bergarbeiter aus dem Gleichgewicht bringen. Immer wieder haben die Betriebsräte vom Arbeitgeber-Verbund verlangt, eine Betriebsrätekonferenz einzuberufen, um sich hier über die Mittel zur Beseitigung der Mißstände einig zu werden. Die Führer im DGBV scheinen aber sehr schwerhörig zu sein.
Wie wir erfahren, haben darum die Betriebsräte des Zehnt-Weichenfelder Gebietes von sich heraus zu einer Betriebsrätekonferenz der mitteldeutschen Bergarbeiter aufgerufen. Diese soll am Sonntag, dem 18. Juni, nachmittags 10 Uhr, in Leipzig, „Rosa-Luxemburg“ stattfinden.
Da auch die Lage des Bergbaues im Ruhrgebiet eine sehr gespannte ist, ist eine Ausdehnung aller Betriebsräte des mitteldeutschen Bergbaues nur zu begrüßen.

Wieder ein deutschnationales Handgranatenattentat

Hamburg, 14. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Bergange Nacht wurde ein neues Attentat auf unser Hamburger Proletariat aus und auf unsere Hauptorgane durch die Benutzung in der Administrativstrafe verübt. Diesmal hat es besser geklappt. Es ist jedoch niemand durch die Tat der deutschnationalen Mordbuben verletzt worden.
Die „republikanische“ Polizei, die stets sofort zur Stelle ist, wenn es gilt, Arbeiter, die gegen das monarchistische Treiben demonstrieren, zu attackieren, wird die deutschnationalen Handgranatenattentäter nicht ausfindig machen. Sollte das ausnahmsweise doch geschehen, so werden schon „republikanische“ Richter dafür sorgen, daß den reaktionären Straßhunden kein Haar gestrichelt wird.
Die Arbeiterbewegung wird gegenüber den frechen Provokationen der Konterrevolutionäre zur Selbsthilfe greifen müssen.

Der Abteilungsleiter der Mordorganisation C, der Helfers helfer der Mörder Erzbergers, Kapitänleutnant Killinger, ist von dem Offizier Schwurgericht freigesprochen worden. Der „Vorwärts“ hoptete: der Kapp-Buchstiff Killinger kann den Befehl über einen republikanischen Kreuzer erhalten, wie die dankbare Republik den Kapp-Buchstiffen und Arbeitermörder Levenfeld zum Kommandanten des Kreuzers „Berlin“ ernannt hat. Jetzt kann's geschehen.
Nicht nur Arbeitermörder sind straffrei in der Ebert-Republik, auch den Mordern an Führern der Republik geschieht nichts. Die Konterrevolution braucht keine Ausnahmen, seine Standgerichte mehr, sie verübt es, durch geschickte Auswahl der Geschworenen ihre blutige Klassenjustiz auszuüben. Killinger trat mit demselben Eingewissen vor seine „Richter“, wie der Luxemburg-Mörder und Leichenfresser Leutnant Krull, der in seiner „Rechtshandlung“ Lynchjustiz für alle Führer des Proletariats forderte.
Der Freispruch Killingers reicht sich ein in den Generalangriff der Konterrevolutionäre, er steht in einer Linie mit dem Freispruch Krulls, mit dem Blausäure-Attentat auf Scheidemann, mit der Tötung des Reichsbürgerrates, den Richtlinien der Großgarzarier zur Ausweitung des Stadtproletariats, mit dem Blutbad unter den Königsberger Arbeitern, mit der Schändung der Reichsfahne in München zu Ehren Fritz Eberts, mit den Handgranaten-Attentaten gegen kommunistische und sozialdemokratische Buchhandlungen, mit den schändlichen Regimentsfeiern, Rahmenweihen, Stages-taktiken und dem gesamten nationalistischen Mummel.
Kapitänleutnant Killinger ist freigesprochen; die Mörder Schulz und Tilleßen, die nur das vollendet haben, was Hefferich und die anderen deutschnationalen Mordhelfer besonnen, sind „unauffindbar“. Der damalige Münchener Polizeipräsident Böhmner hat sie rechtzeitig entweichen lassen. Dafür ist Böhmner heute Geheimrat im Obersten bayerischen Appellationsgericht. Wie Entgeltung zu Ehren der Mörder Rosa Luxemburgs und Viehrechts abgehalten wurden, wie in den Kreisen, die denationalistisch wässern und deutschnationales Händchen lösen der Meuchelmord an Erzberger bei Getzlagung gefeiert wurde“ (Scheidemann im Reichstag, 30. Sept. 1921), so wird der Sekt wieder in Strömen fließen bei der Siegesfeier wegen des Freispruchs Killingers, und bei diesen Gelegen werden neue Mordtaten, neue Anschläge auf das Proletariat ausgehört werden.
Durch eine inkonsequente Hehe in Wort und Tat schaffen wieder seit Wochen die Führer der Deutschnationalen die Mord-

